

# Eine Gegenwart, bitte!

*Europas Jugend braucht jetzt Taten, keine Versprechen für eine schönere Zukunft, fordert auch EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol.*

**Nani Kauer**

*Leiterin der ÖGB-Kommunikation*

In Europa waren im Mai 2013 mehr als 5,6 Mio. junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, das ist eine Arbeitslosenquote von knapp 23,5 Prozent. Die Lage spitzt sich in den sogenannten Problemstaaten weiterhin zu: In Griechenland sind in dieser Altersgruppe 59,2 Prozent arbeitslos, in Spanien 56,5 Prozent und in Portugal 42,1 Prozent. Der Arbeitslosigkeit folgen Armut, sozialer Abstieg, Abhängigkeit von den Eltern – eine Abwärtsspirale.

Für den EGB ist der stetige Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit eine direkte Folge der falschen Krisenbewältigungspolitik. „Diese Politik ist gescheitert, die Schulden sinken nicht, die Arbeitslosigkeit steigt und steigt monatlich“, sagt Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). „Die jungen Menschen sind die ersten Betroffenen, weil sie gerade erst in den Arbeitsmarkt eintreten. Das ist natürlich nicht die Erklärung der EU-Politik, aber das ist es für uns. Seit fünf Jahren machen sie diese Politik – wann werden sie sich bewusst, dass es ihre Politik ist, die gescheitert ist, dass ihr Weg kein guter war?“

## „Merken, dass wir was tun“

Die europäische Politik hat das Problem nun erkannt. Anfang Juli hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zu einem Gipfel nach Berlin geladen. Viele Worte sollten Europas Jugend signalisieren: Wir nehmen eure Probleme ernst. EU-Kom-

missionschef **José Manuel Barroso**: „Unseren Jugendlichen brauchen Aktionen, Entscheidungen, Arbeit – also lasst es uns anpacken.“ Die deutsche Kanzlerin betonte, es dürfe keine verlorene Generation geben: „Schön wäre, die Jugendlichen in Europa merken mal, dass wir was tun.“ Fragt sich, ob es an den Jugendlichen ist, etwas zu bemerken, oder an der Politik, nun endlich wirklich etwas zu tun. Hinter Angela Merks Einladung nach Berlin – knapp zwei Monate vor der deutschen Bundestagswahl – vermuteten europäische Medien ebenso wie die deutsche Opposition einen Wahlkampfag.

## Sechs Mrd. Euro für die Jugend

Der Gipfel in Berlin brachte nicht viel mehr als weitere Beteuerungen und die – bereits angekündigten – sechs Mrd. Euro für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit von 2014 bis 2020. Sechs Mrd. für die gesamte EU – im Vergleich dazu nehmen sich die 600 Mio., die im kleinen, von Jugendarbeitslosigkeit nicht derart massiv getroffenen Österreich jährlich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für 15- bis 24-Jährige aufgewendet werden, geradezu üppig aus (siehe dazu Beitrag von Michael Trinko, Seite 16). Das EU-Geld soll jenen Regionen zugutekommen, in denen mehr als 25 Prozent der Jugendlichen keine Jobs haben. Die genaue Verteilung ist allerdings noch unklar.

Dass mit der Europäischen Jugendgarantie das Thema endlich angegangen wird, deuten viele als erstes, gutes Signal – allerdings auch als halbherziges. Wie schnell war die EU mit Milliarden zur

Stelle und das mehrfach, als es um die Rettung der Banken ging? Wie lange hat es gebraucht, wie viele Monate, in denen die Arbeitslosigkeit unter den Jungen stetig angestiegen ist, bis man sich endlich auch dieses Themas annahm? Die in Aussicht gestellten sechs Mrd. Euro pro Jahr für bestimmte Regionen werden das strukturelle Problem auch nicht beseitigen. „Man kann nicht Jobs garantieren, wo es gar keine gibt“, sagt die spanische Europaabgeordnete Eider Gardiazábal Rubial in einer jüngst erschienenen Publikation der deutschen **Friedrich-Ebert-Stiftung**.<sup>1</sup> „Europa braucht für die Integration seiner jungen Menschen in erster Linie neues Wachstum.“ Wenn sich die ökonomische Situation in Europa nicht ändere, so Gardiazábal Rubial, werde es nicht möglich sein, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen.

## Prekär, befristet, schlecht bezahlt

Ein weiteres strukturelles Manko, das allein mit den sechs Mrd. nicht beseitigt werden kann, sind die Arten von Arbeit, die mehr und mehr junge Menschen in Europa haben: prekäre, befristete, schlecht bezahlte Jobs. Dieses Problem kann nur durch einen Mix beseitigt werden: gute Ausbildungen, qualitativ hochwertige Jobs mit guter Bezahlung und mit sozialer Sicherheit.

Bernadette Ségol meint, dass einige Staatschefs sich des Ernstes der Lage durchaus bewusst seien: „Einige wissen, dass wir ein Niveau erreicht haben, das sozial nicht mehr erträglich ist. Andere

<sup>1</sup> <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10139.pdf>